

abends

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion
Dresden-N. 16, Holbeinstraße 41
Fernsprecher 21366
Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

Bezugspreise:
Hauptabgabe A mit illust. Beilage vierteljährlich 2,50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3,30 M. in Oesterreich 6,40 K.
Hauptabgabe B vierteljährlich 2,50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3,-- M. in Oesterreich 5,80 K.
Einzelnummer 10 J.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Anzeigen:
Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Zeitspaltzeit 25 J. in Werta metel 60 J. damit einseitigen 20 J.
Für unbedeutlich gezeichnete, sowie auch fremdsprachliche Anzeigen können nur die Gesamtsumme für die Zeitdauer des Lesers nicht abgerechnet.
Erscheinungszeit der Redaktion: 11-12 Uhr vorm.

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Organ der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und zeitig. Wochenbeilage Fetterabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Am 2. Februar ist „Wählen“ die erste Bürgerpflicht! Die freien christlichen Bürger wählen nur „Zentrum“!

Die „Sächsische Volkszeitung“ in Weimar.

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung haben das erfreuliche Ergebnis gezeigt, daß die Position des Zentrums im parteipolitischen Leben Deutschlands nicht zu erschüttern ist. Mit fast der gleichen Mandatsziffer wie zum vorigen Reichstag ging trotz deutbar ungünstiger Verhältnisse das Zentrum aus diesem Wahlkampf hervor. Erfolgreich verpflichtet! Die nunmehr eroberte Stellung des Zentrums im neuen Deutschland legt der Zentrumspresse ganz besondere Verpflichtungen auf. Die Tagung der Nationalversammlung in Weimar, die des Reiches Grundgesetze schaffen soll, wird bestimmend sein für die ganze Entwicklung und den Erfolg der christlichen Volkspartei. Naturgemäß ist es daher auch für unsere Presse von ganz besonderer Bedeutung, über den Gang der Beratungen der Nationalversammlung in Weimar und insbesondere über das dortige Wirken der Zentrumsfraktion einmal sich selbst zu unterrichten, dann aber vor allem, die Wählerschaft der Zentrumspartei auf dem Laufenden zu halten.

Es ist nun der „Sächsischen Volkszeitung“ gelungen, sich für die deutsche Nationalversammlung in Weimar eine eigene Vertretung zu sichern. Es handelt sich dabei nicht etwa um die Wiedergabe nüchternen Sitzungsberichts, die durch die Telegraphenbureaus ausgegeben werden, sondern um die lebendige Stimmungsbilder über den Verlauf der Plenarsitzungen, um Artikel, in denen politisch die Beratungen beurteilt und ausgewertet werden. Wir betonen dabei nochmals ausdrücklich, daß es sich um Originalarbeiten unseres eigenen Korrespondenten handelt. Derselbe wird auch in der Lage sein, die Redaktion ständig auf dem Laufenden über die politisch-parlamentarischen Vorgänge zu halten, unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Abgeordneten der Zentrumspartei. Unser Mitarbeiter in Weimar, der für die Dauer der Nationalversammlung dort seinen Wohnsitz nehmen wird, verfügt über außerordentlich gute Verbindungen, so daß die „Sächs. Volkszeitung“ stets in der Lage sein wird, nicht nur rasch, sondern vor allem auch einwandfrei zu unterrichten. Außerdem ist es uns gelungen, einen besonderen Mitarbeiter in Berlin zu gewinnen, der vom Orte der Reichsregierung aus die „Sächsische Volkszeitung“ durch besondere Artikel unterrichten wird.

Wir haben oben geschrieben, daß Erfolge verpflichten. Sie verpflichten die Zentrumspresse, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, und deshalb haben wir auch die Kosten nicht gespart, für eine vollständig eigene parlamentarische Vertretung in Weimar zu sorgen. Die Erfolge der Zentrumspartei verpflichten aber auch die Wählerschaft, die Partecipresse in jeder Hinsicht noch weit nachdrücklicher zu unterstützen, als das bisher geschehen ist. Wir bitten daher unsere Freunde, auch weiterhin mit aller Kraft für die „Sächsische Volkszeitung“ zu werben und so dafür zu sorgen, daß auch in Sachsen das Wachstum der Partecipresse mit dem Wachstum der Wählerschaft Schritt hält, da nur auf diese Weise ein dauernder Erfolg für unsere Sache gewährleistet wird.

Die Regierung zur Wendenfrage.

Die „Sächsische Staatszeitung“ schreibt:
Der wendische Nationalausschuß hat sich veranlaßt gesehen, durch die Presse eine Erklärung über seine Stellung zur Wendenfrage bekanntzugeben. Die Erklärung soll eine Erwiderung auf „schärfste Verwahrung und Kundgebung Lausitzer Verwaltungskörper“ sein, sie übergeht jedoch die Tatsache, daß die Bevölkerung der Lausitz durch die bisherige Tätigkeit des Nationalausschusses, mehr noch durch die wild umlaufenden Gerüchte vorher beunruhigt und in Aufregung versetzt worden ist.

Was die Erklärung im einzelnen als wirtschaftliches Programm bringt, steht mit der Wendenfrage selbst zum Teil in sehr losem Zusammenhang. Die Beschwerden der bäuerlichen Bevölkerung über den Großgrundbesitz, Jagd und

Fischereirecht und die Verhältnisse, die zur Abwanderung in die Industriegebiete führen, werden bekanntlich auch von der deutschsprechenden Bevölkerung des Landes vielfach erhoben und haben mit der Nationalität nichts zu tun. Was hierin bei der kommenden Neuordnung zu geschehen hat, geht Deutsche und Wenden gemeinsam an und wird nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit entschieden werden.

Darüber hinaus erweckt aber die Erklärung unter ausdrücklichen Hinweis auf eine Sonderbehandlung der wendischen Volksgenossen durch unsere Feinde Hoffnungen, die gerade weil die Ausführungen hierüber unklar sind, verwirren müssen. Die Wenden sind jederzeit gute Bürger unseres Staates gewesen und haben, von ihren deutschsprechenden Mitbürgern geschätzt und geachtet, mit uns gemeinsam Gutes und Böses getragen. Sie haben in treuer Pflichterfüllung wie alle anderen Söhne des Landes für die Heimat gekämpft und geblutet. Sie werden nicht vergessen, was sie dem langen friedlichen Zusammenleben verdanken und können sich verpflichtet halten, daß ihre Sorgen volles Verständnis finden. Daß heute, in der Zeit allgemeiner Erregung und unter dem schweren Druck der Not die Wünsche des einzelnen und ganzer Gruppen oft sonderbare Richtungen einschlagen, ist durchaus begreiflich und eine Erscheinung, die sich nicht nur in der Lausitz zeigt. Es muß aber gegenüber der Form, in der Wünsche der Wenden in der Erklärung des Nationalausschusses vorgebracht werden, betont werden, daß die ganze Frage eine innere Angelegenheit des Reiches und des sächsischen Staates ist und bleiben wird. Es darf nicht übersehen werden, daß mit den Wenden zusammen und in bedeutender Uebersahl eine rein deutsche Bevölkerung wohnt, der das gleiche Selbstbestimmungsrecht nicht streitig gemacht werden darf. Eine räumlich erkennbare feste Trennungslinie gibt es nicht. Die gegenseitige Durchdringung beider Teile der Bevölkerung hat bisher dem friedlichen Zusammenwohnen keinen Abbruch getan und wird dies auch künftig nicht tun, wenn die Erregung der Uebergangszeit sich legt und die Wenden sich davon überzeugen, daß ihre Wünsche bei der Regierung verständnisvolle Aufnahme finden. Wenn auch in Abrede gestellt werden muß, daß die Wenden bisher in Sachsen „unterdrückt“ worden sind, so ist sich die jetzige Regierung doch bewußt, daß im Sinne der wendischen Bestrebungen manches zu ändern und zu bessern bleibt. Sie ist weit davon entfernt, die Angelegenheit leicht hin abzutun und schenkt ihr vollste Aufmerksamkeit. Sie hofft bei den weiteren Besprechungen den Weg zu finden, auf welchem dem wendischen Volkstum die berechtigte Wahrung seiner Eigenart gesichert wird, und hat zu dem tüchtigen kleinen Stamm, der so mannhaft für seine Muttersprache und seine Kulturkämpfe eintritt, das Vertrauen, daß er sich nicht in politische Abenteuer hineinreißt, die für ihn verhängnisvoll werden würden.

Deutsches Reich

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 31. Januar. Der Staatsrat für Deutsch-Oesterreich hat in seiner Kabinettsitzung am Donnerstag einstimmig den Gesetzentwurf an die österreichische Nationalversammlung angenommen, der Deutsch-Oesterreich als Bestandteil des Deutschen Reiches erklärt.

Wien zweite Reichshauptstadt?

Wien, 30. Januar. Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach sich in einer Wählerversammlung für den Anschluß an Deutschland aus, unter der Voraussetzung, daß besonders den Wienern die Zukunft Wiens verbürgt werde. Er übernahm den Gedanken Groß-Deutschlands Wien als Freistaat zu erklären und es in die Reihe der Bundesstaaten aufzunehmen. In der Versammlung erklärte der deutsche Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer, der im Wahlkreis Berlin für die Nationalversammlung gewählt wurde; als Generalsekretär der großen deutschen Zentrumspartei kann ich ruhig ausprechen, daß wir gar kein Hindernis darin sehen, wenn die Hälfte des Schwergewichts in

Sachsen liegt, wenn ein deutscher Präsident zuzeiten seinen Wohnsitz in Wien aufschlägt. Es handelt sich nicht um ein Mitteleuropa, welches eine abstrakte Idee ist, nicht um die geduldete Teilnahme einer Donauföderation von Staaten, die sich nicht wohl fühlen und nicht lieben, sondern darum, daß wir sie in einen deutschen Bund aufnehmen, den wir alle lieben.

Die Polengefahr.

Berlin, 31. Januar. Nach Meldungen von der polnischen Front ziehen die Polen gegen die Bahnen nach Bissa im Süden und nach Schneidmühl im Norden außerordentlich starke Truppenmassen zusammen. Die deutschen Abwehrtruppen beschränken sich bis jetzt auf die Defensiv. Thora, Schneidmühl und Bissa werden von den Deutschen in starken Verteidigungsstand gesetzt.

Bromberg, 31. Januar. Im weiteren Verlaufe der Gefechte wurden Gromaden, Friedberg und Großneudorf von unseren Truppen genommen. Mehrere Maschinengewehre, zwei Tankgewehre, eine große Menge Munition und sonstiges Kriegsgüter wurden eingebracht.

Berlin, 31. Januar. Aus Posen wird gemeldet, daß die polnischen Soldaten, die an der Ermordung des Rittergutsbesizers v. Kaja-Raditz und seiner sechs Leidensgenossen auf dem dortigen Sternwerk beteiligt waren, vom polnischen Kriegsgericht freigesprochen worden sind.

Die Verlegung des Hauptquartiers.

Berlin, 31. Januar. Die Verlegung des Hauptquartiers nach Kolberg dürfte erst in der ersten Hälfte des Februar erfolgen, da die technischen Vorbereitungen die Zuziehung eines früheren Termins nicht ermöglichen.

Berlin, 31. Januar. General v. Groener befindet sich zur Besprechung einer Reihe wichtiger Fragen, auch bezüglich der Verlegung des Hauptquartiers, in Berlin. Ueber die Unterhaltungskosten der Besatzungstruppen finden in Berlin interne Vorbesprechungen statt.

Berlin, 31. Januar. Die Oberste Seeresleitung wird nächster Zeit die Leitung der Operationen im Osten übernehmen. Es sind aber noch erhebliche Widerstände zu überwinden, ehe an ein erprobliches Wirken zu denken ist.

Die Reichsregierung gegen Bremen.

Berlin, 31. Januar. Die Situation in Bremen steht auf des Messers Schneide und es ist im Augenblick noch gar nicht zu übersehen, wie sich die Verhältnisse in den nächsten Stunden entwickeln werden. Nach dem Bekanntwerden der Nachricht vom Vormarsch der Regierungstruppen erfolgte die Bewaffnung der gesamten Arbeiterschaft. Alle Lastkraftwagen wurden requiriert und brachten Maschinengewehre nach den Vorstädten, die von Arbeitertruppen besetzt wurden. Auch die Straßenbahn wurde für derartige Transporte herangezogen. Ein Pressevertreter hat sich nachts nach Verden begeben, wo das Korps Gerstenberg sein Hauptquartier aufgeschlagen hat. Der erste Adjutant des Obersten Gerstenberg, Hauptmann Danner, machte über den Vormarsch folgende Mitteilung: Das Korps ist am 28. Januar von Berlin abgefahren. Der erste Transport ist am 29. Januar nachmittags in Verden eingetroffen, während die anderen Bände nacheinander folgten. Im ganzen sind für die Beförderung der Division 16-20 Bände herangezogen worden. Im Korps sind alle Truppengattungen vertreten. Besonders stark aber ist seine Artillerie. Daneben verfügt es auch über Flugzeuge, Panzerwagen und Minenwerfer. Seine Aufgabe besteht darin, den Reichsgelehen in Bremen Stellung zu verschaffen. Der Aufmarsch vollzieht sich zu beiden Seiten der Weser. Es wird alles getan werden, um Blutergüssen zu verhindern; jedoch wird unter allen Umständen auf der Auslieferung der in den Händen der Arbeiter befindlichen Waffen bestanden werden. Um 1/2 Uhr nachts sind vier Mitglieder des Bremer Rats der Volksbeauftragten in Verden eingetroffen und eruchten den Divisionsstab des Korps Gerstenbergs um Einstellung des Vormarsches bis zur Erledigung der Verhandlungen in Berlin. Der Divisionsstab bestand auf sofortige Entwaffnung der Arbeiter und erklärte, daß er in keine Berücksichtigung in dieser Angelegenheit einwilligen könne. Von Seiten der Volksbeauftragten wurde ihm er-